

Den Leihbuden u. Sklavenhändlern das Handwerk legen !

Gegen Leiharbeit, Dumpinglöhne u. miese Arbeitsbedingungen !

Immer mehr Menschen sind gezwungen zu Dumpinglöhnen zu arbeiten u. mit diesen Hungerlöhnen über die Runden zu kommen. Mit tariflichen Stundenlöhnen ab 6,40 Euro (Brutto) kann man alle getrost als gewerkschaftlich abgesegnete Freibriefe zur Ausbeutung auf Armutsniveau bezeichnen. 745.000 Menschen arbeiteten 2008 in Leiharbeitsverhältnissen; doppelt so viele wie fünf Jahre davor. Rund 673.800 Menschen schufteten nach jüngsten Angaben der 'Bundesagentur für Arbeit' in Leiharbeitsfirmen. Randstad, Manpower, Adecco ..., die großen Leihbuden u. Sklavenhändler, machten riesige Umsatz- u. Gewinnssprünge. Neue Agenturen sprossen wie Pilze aus dem Boden.



Prekäre Beschäftigung

LeiharbeiterInnen zählen zu den klassischen prekär Beschäftigten. Sie sind bei einer (Ver-) Leihfirma angestellt, von der sie an andere Firmen verliehen werden. Gesetzliche Regelungen für Leiharbeit wurden in der Vergangenheit immer wieder gelockert. So wurde die zulässige Überlassungsdauer 1985 von 3 auf 6 Monate, 1994 dann auf 9 Monate, 1997 auf 12 Monate u. 2002 auf 24 aufeinander folgende Monate verlängert. 2004 folgte schließlich der Wegfall der Begrenzung der Überlassungshöchstdauer.

Im Rahmen der Agenda 2010 (Hartz-Gesetze der damaligen SPD/Grünen-Bundesregierung) wurde das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) geändert. Jeder kann heute eine Leiharbeitsfirma gründen u. sich Arbeitskräfte zu Niedriglöhnen vom Arbeitsamt zuweisen lassen u. sich am modernen Sklavenmarkt beteiligen u. bereichern.

Flexibilisierung u. Gewinnsteigerung auf Kosten der ArbeiterInnen

Durch Leiharbeit können Unternehmen (Entleihfirmen) erhebliche Einsparungen erzielen. Neueinstellungen werden vermieden, betriebliche Zusatzleistungen eingespart oder gesetzliche Richtlinien, die sich auf die Anzahl der Beschäftigten im Betrieb beziehen, umgangen. Tägliches "hire & fire" ist damit problemlos möglich. Leiharbeit wird immer mehr benutzt um feste Beschäftigungsverhältnisse zu vermeiden. 7% der Leiharbeitsfirmen sind Ausgliederungen oder Subunternehmen großer Konzerne (z.B. Bayer, Deutsche Bahn AG). LeiharbeiterInnen machten in der Industrie 2007/2008 einen Anteil von 10-12% der Stammebelegschaft aus.

LeiharbeiterInnen bekommen für ihre permanente Unsicherheit weniger statt mehr Geld !

Die Arbeitsbedingungen sind teilweise unbeschreiblich miserabel, elementare Rechte werden verweigert, gearbeitete Zeiten werden nicht angerechnet, entleihfreie Zeiten werden nicht bezahlt bzw. vom Urlaub abgezogen und Lohnbetrug scheint nicht selten vorzukommen. Solche Behandlungsmethoden durch einen Sklavenhändler sind illegal. Nach Arbeitsrecht gelten entleihfreie Zeiten als Arbeitszeit.

Und: LeiharbeiterInnen verdienen im Schnitt 30-50% weniger als ihre KollegInnen bei der Entleihfirma, u. dies trotz der ihnen abverlangten enormen Flexibilität.

Arbeitsagenturen nötigen Arbeitslose zur Annahme von Leiharbeitsjobs Sanktionen für die, die sich wehren !

Wer sich gegen solche Behandlungsmethoden wehrt, der riskiert durch einen „selbst verschuldeten“ Verlust seiner (Sklaven-) Arbeit die Kürzung bzw. Aussetzung für 3 Monate seines Arbeitslosen- bzw. Hartz-4-Geldes durch die Agentur für Arbeit. Und dieses „selbst verschuldet“ läßt sich von der Verleihfirma immer so hindrehen. Somit wird es immer mehr Menschen treffen, die diesem Kreislauf der modernen Sklavenhaltung nicht mehr entinnen können: Auf der einen Seite die Arbeitsagentur, die Mensch dazu zwingt, jede Arbeit anzunehmen, u. auf der anderen Seite die Zeitarbeitsfirmen, die ihren Beschäftigten immer mehr Verschlechterungen aufdrücken.

**Die Dumpingtarifverträge der DGB Gewerkschaften u.
des Christlichen "Gewerkschafts-" Bundes (CGB)
dienen allein dem Zweck "equal pay – equal treatment" zu verhindern.**

LeiharbeiterInnen sollen vom 1. Tag an grundsätzlich die gleichen Rechte in den Entleihbetrieben bekommen wie die festangestellten Beschäftigten. Diese Gleichstellung kann verhindert werden, wenn willige Gewerkschaften mit den Bossen Verschlechterungen durch einen Tarifvertrag vereinbaren:

Im Rahmen der Agenda 2010 wurde der Grundsatz der gleichen Bezahlung u. Behandlung (equal pay – equal treatment) von LeiharbeiterInnen beschlossen (Gleichbehandlungsgebot seit 01.01.04 in Kraft / AÜG). Durch die DGB-Tarifgemeinschaft welcher die 8 Einzel-Gewerkschaften IG BCE, NGG, IG Metall, GEW, Ver.di., IG Bau, TRANSNET u. GdP angehören wurden den LeiharbeiterInnen diese Rechte per Tarifvertrag mit den Verbänden der Leiharbeit (BZA/iGZ) jedoch wieder genommen.

Der DGB kippte damit die eigene "Equal pay"-Forderung u. senkte den bisherigen Tarif – "aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Situation der Branche", so der damalige DGB-Verhandlungsführer Dombre – , auf das Niveau des christlichen "Schmuddeltarifs". Eine Absenkung der Löhne um 22% ging lautlos vorstatten.

Der sog. "Christliche Gewerkschaftsbund" (CGB) hatte zuvor am 24.02.03 mit der "Interessensgemeinschaft Nordbayerischer Zeitarbeitsunternehmen" (INZ) den 1. bundesweiten Tarifvertrag für die gesamte Leiharbeitsbranche abgeschlossen; heute Tarifgemeinschaft "Christliche Gewerkschaften Zeitarbeit u. Personal Service Agenturen" (CGZP) mit dem "Arbeitgeberverband Mittelständischer Personaldienstleister" (AMP).

Der Betrug um die gleichen Bedingungen für LeiharbeiterInnen findet durch einen Nebensatz im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) statt: "Ein Tarifvertrag kann abweichende Regelungen zulassen. Im Geltungsbereich eines solchen Tarifvertrages können nicht tarifgebundene Arbeitgeber u. Arbeitnehmer die Anwendung der tariflichen Regelungen vereinbaren."

Damit kann die gleiche Bezahlung u. Behandlung durch Verschlechterungstarifverträge außer Kraft gesetzt u. verhindert werden. Das Besondere ist dabei, daß üblicherweise die Leistungen aus Tarifverträgen nur den Mitgliedern der abschließenden Gewerkschaft zugute kommen; in diesem Fall können die Verschlechterungen aber allen Beschäftigten der Branche aufgezwungen werden.

Ohne diese Tarifverträge müßte "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" gelten



Der "Bundesverband Zeitarbeit" (BZA), der mit der DGB-Tarifgemeinschaft Dumpingtarifverträge abgeschlossen hat, erklärt auf seiner Internetseite ganz offen u. deutlich: "...Die Tarifverträge wurden auch deshalb notwendig, weil Kundenbetriebe infolge des „Equal Treatment“-Grundsatzes auf den Einsatz von Zeitarbeitnehmern verzichtet hätten. Die Dienstleistung Zeitarbeit wäre zu teuer geworden u. hätte erheblichen Verwaltungsaufwand erfordert. Der Auskunftsanspruch von Zeitarbeitnehmern über die vergleichbaren Arbeitsbedingungen im Einsatzbetrieb wäre in der Praxis nicht akzeptiert worden".

Alles in allem: der DGB hat seine ordnungspolitischen Hausaufgaben gemacht u. ist der staatlichen Verordnung der "Hartz-Gesetze" – gleich mit 2 Leiharbeits-Tarifverträgen (DGB/BZA u. DGB/iGZ) – nachgekommen, ohne die es ab 01.01.04 "Equal pay" für alle LeiharbeiterInnen gegeben hätte. Dafür sind wir echt dankbar !

Aktueller Stand:

Der Christlichen „Gewerkschaft“ Zeitarbeit und PSA (CGZP) wurde in der ersten Instanz durch ein Urteil des Arbeitsgerichts Berlin am 01.04.09 und in zweiter Instanz durch das Landesarbeitsgericht Berlin am 07.12.09 die „Tariffähigkeit“ abgesprochen; womit alle ihre Tarifverträge rückwirkend ungültig sein könnten u. den LeiharbeiterInnen erhebliche Lohnnachzahlungen zustehen würden. Nach dieser Entscheidung bleibt der 'Christlichen Gewerkschaft' nur noch der Gang zum 'Bundesarbeitsgericht' um den mit dem 'Arbeitgeberverband 'Mittelständischer Personaldienstleister' (AMP) abgeschlossenen Tarifvertrag zu „retten“; was sie dann auch taten. Eine endgültige Entscheidung wird es wahrscheinlich erst in ein bis zwei Jahren geben.



DGB u. CGB kämpfen um Leiharbeit - Der Tarifwettlauf um Dumpinglöhne

Die Entgelttarifverträge zwischen der DGB-Tarifgemeinschaft und BZA/iGZ wurden nach auslaufen dieser zum 31.12.08 gekündigt, da der BZA nicht bereit war, über minimale Erhöhungen der Löhne zu verhandeln. Am 26.01.10 einigten sich zunächst BZA und DGB auf einen neuen Tarifvertrag. Schrittweise sollten die Entgelte zum 1.Mai 2010 sowie zwölf Monate später um je 2,5 Prozent erhöht, sowie eine Einmalzahlung von 80 Euro gewährt werden. Die Empörung war groß. „Lieber keine solche Erhöhung, als so eine Erniedrigung“, hieß es im IG Metall-Forum 'Zoom'. Weiterhin sollten der Verpflegungsmehraufwand und das Fahrtgeld mit bis zu 25 Prozent des Bruttoentgelts verrechenbar bleiben. Die Tarifkommissionen von IG Metall u. ver.di lehnten das Verhandlungsergebnis Anfang Feb.2010 ab.

Kurz darauf meldeten sich die 'Christlichen Gewerkschaften für Zeitarbeit' (CGZP) zu Wort und verkündeten die Einigung mit dem 'Verband Mittelständischer Personaldienstleister' (AMP). Der Tarifvertrag solle zum 01.Juli die Entgelte um 3,4 Prozent (West) bzw. 4,1 Prozent (Ost) erhöhen; sowie die Verrechnungsmöglichkeiten abschaffen. Außerdem solle es einen Branchenzuschlag für die Metall und Elektroindustrie geben. Abfällig wird in der Presserklärung des CGZP vom „Billigheimer-Tarif“ des DGB gesprochen. Die Schadenfreude darüber, als erster einen neuen Tarifvertrag abgeschlossen zu haben, und dazu noch über dem Verhandlungsergebnis des DGB, ist unverkennbar.

Daraufhin erfolgte der 'Konter' des DGB:

Am 08. März wurde zwischen dem DGB und dem 'Bundesverband Zeitarbeit' (BZA) ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen. Sehr bemerkenswert ist die Information, wonach die Tarifvertragsparteien parallel einen neuen Mindestlohntarifvertrag verhandelt und sich dabei auf die Entgeltgruppe 1 (also die unterste Lohngruppe) verständigten. Sehr ungewöhnlich dabei war, dass das Verhandlungsergebnis ohne Anhörung der Tarifkommissionen der Einzelgewerkschaften zustande kam. Diese hatten den ersten Entwurf bzw. das erste Verhandlungsergebnis vom 26.01. zuvor noch abgelehnt.

Der neue Dumpinglohn-Tarifvertrag sieht u.a. minimale Lohnerhöhungen in vier Stufen über einen Gesamtzeitraum bis 2013 vor. Die Einstiegslohne in Ostdeutschland erhöhen sich zunächst zum 1.Juli 2010 von bisher 6,42 Euro auf 6,65 Euro. Ab Nov.2012 erreichen sie dann 7,50 Euro. Die untersten Löhne im Westen erhöhen sich zunächst zum 1.Juli 2010 von bisher 7,38 Euro auf 7,60 Euro. Ab Nov.2012 erreichen sie dann 8,19 Euro.

Heute Wir – Morgen Ihr Aktuelle Wirtschaftskrise – LeiharbeiterInnen waren die ersten

Trotz Wirtschaftskrise bleibt der Markt für Leiharbeit in Deutschland lukrativ. Nachdem die 25 größten Leiharbeitsfirmen im Jahr 2008 ein Umsatzplus von 3,7 Prozent und ein Marktvolumen von 14,7 Milliarden Euro erzielten, wird nach den Auftragsrückgängen im Jahr 2009 (zwischen 20 und 40 Prozent) nun eine rasche Erholung der Branche erwartet; sowie einen enormen Zuwachs und die Ausweitung des Leiharbeitssektors. Für den Zeitraum 2010 bis 2013 prognostizieren 87 Prozent der Unternehmen eine positive Branchenentwicklung. „ Die Personaldienstleistungsbranche gehört zu den Branchen, die sehr früh und mit großer Wucht von der Krise getroffen wurde“, stellt Dietmar Flügel, Direktor bei der 'Ernst & Young Corporate Finance GmbH, fest. Allerdings würde sie von einer Belebung der Wirtschaft auch überproportional profitieren, so Flügel weiter: „ Vor allem im stark konjunkturabhängigen Helfer-Geschäft wird ein Wirtschaftsaufschwung zu zweistelligen Wachstumsraten führen.

Ein noch bedeutsamerer, struktureller Nachfrageeffekt wird daraus resultieren, dass die Kunden zukünftig noch stärker auf Zeitarbeitnehmer setzen werden als vor der Krise und den strategischen Anteil der Zeitarbeitnehmer deutlich erhöhen werden. Sie werden damit noch flexibler auf konjunkturelle Schwankungen reagieren können „.

Nachdem es die LeiharbeiterInnen waren, die gleich zu Beginn der Krise nach Hause geschickt wurden bzw. entlassen u. abbestellt wurden, können sich künftig immer mehr Beschäftigte auf zeitlich begrenzte Arbeitsverhältnisse zu schlechtem Lohn einstellen. Der (Noch)-Stammebelegschaft u. allen (Noch)-Festangestellten muß klar sein, daß es auch sie treffen könnte; u. dann nur noch Arbeit im prekären Beschäftigungssektor u.a. der Leiharbeit finden werden.

Gerade im Zusammenhang mit der Ausweitung prekärer Arbeitsverhältnisse tritt die Fragwürdigkeit der Lohnarbeit an und für sich u. die untergeordnete Rolle unserer Interessen im kapitalistischen Verwertungszirkus deutlich zu Tage.

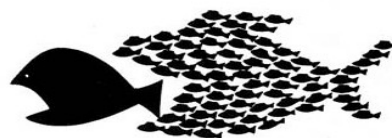
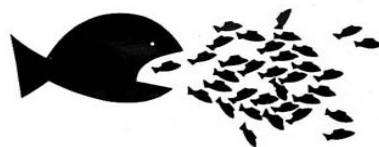
Die Abschaffung des Menschenhandels ist ein wichtiger , jedoch nur ein erster Schritt, um weitere Angriffe auf unsere Arbeits- u. Lebensbedingungen zu verhindern; denn branchenübergreifendes Lohndumping für einige führt mittelfristig zu schlechterem Lohn für alle!

Wir fordern:

- **Abschaffung der Leiharbeit !**
- **Übernahme aller LeiharbeiterInnen in die Entleihbetriebe !**
- **Vollständige Nachzahlung der Lohnanteile seit 1.Jan.2004, entsprechend dem Grundsatz 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit' !**

Diese Situation u. Bedingungen wollen wir nicht mehr hinnehmen u. versuchen uns als LeiharbeiterInnen u. UnterstützerInnen zu organisieren.

LeiharbeiterInnen u. UnterstützerInnen treffen sich in Freiburg jeden 3. Sonntag des Monats ab 18. Uhr in der Fabrik (Habsburgerstr.9, Hauptgebäude, 1. Stock, 'Fabrik-Cafe')



**Für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen !
Wir kriegen nur wofür wir kämpfen !**

' Aktionsbündnis Leiharbeit abschaffen '

Kontakt: faufr2@fau.org

Mehr Infos: www.Leiharbeit-abschaffen.de

